

Hintergrundinformation

Digitaler Nachholbedarf in deutschen Städten und Gemeinden

„Smart City Readiness Check“ des Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und von TÜV Rheinland / Weiterhin große Diskrepanz zwischen digitalen Erwartungen und kommunalen Angeboten / Fördermöglichkeiten bleiben oft ungenutzt

Städte und Gemeinden in Deutschland haben beim Umbau zu digitalen Städten und Regionen noch einen weiten Weg vor sich. Zugleich nutzen viele Kommunen die staatlichen Fördermöglichkeiten für den Ausbau im Bereich der Digitalisierung noch nicht konsequent genug. Dennoch sind Tendenzen zu einer Verbesserung der digitalen Angebote zu erkennen, wenn auch noch nicht flächendeckend. Die Bandbreite der Ergebnisse des „Smart City Readiness Check“ macht deutlich, dass der Stand der Umsetzung digitaler Lösungen in deutschen Kommunen sehr unterschiedlich ist. In die Umfrage des Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und von TÜV Rheinland wurden die 500 größten Städte und Kommunen in Deutschland einbezogen. Mehr als jede fünfte der 500 Kommunen nahm im Zeitraum von Ende Juli bis Ende September 2018 an der Befragung zu den Schwerpunktthemen digitale Infrastruktur, eGovernance, Mobilität und Energie teil.

Digitale Infrastruktur

Programme für den Breitbandausbau, öffentliches W-Lan, digitale Dokumentation der Infrastruktur für Telekommunikation – Kommunen in Deutschland haben viele Möglichkeiten, den Ausbau ihrer Netzinfrastruktur und somit die Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität vor Ort zu fördern. Dennoch gibt fast jede fünfte Stadt oder Gemeinde an, noch über keine flächendeckende Versorgung mit einer leistungsstarken Breitbandinfrastruktur zu verfügen. Positiv ist, dass in mehr als 80 Prozent der Kommunen eine Leerrohrinfrastruktur bei Baumaßnahmen mit aufgebaut wird. Rund 70 Prozent aller befragten Städte und Gemeinden planen derzeit neue Glasfaseranschlüsse bis ins Gebäude (FTTB – Fiber to the Building), vielerorts findet auch ein Ausbau auf Basis der Vectoring-Technologie statt.

Ein weiteres Ergebnis der Studie: Mehr als jede dritte Kommune gibt an, nicht an bundesweiten Programmen teilzunehmen, die den Breitbandausbau fördern. „Wenn eine Kommune die Fördergelder nicht abrufen kann, ist möglicherweise das Förderverfahren zu kompliziert. Dabei zahlen sich Investitionen in die digitale Infrastruktur auf die Dauer aus“, sagt Gürkan Ünlü, Leiter der

Geschäftsentwicklung bei TÜV Rheinland Consulting sowie Leiter des Corporate Center of Excellence Data Analytics bei der TÜV Rheinland AG. „Schließlich entscheidet eine gute digitale Infrastruktur aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen immer häufiger darüber, wie attraktiv ein Standort ist.“ Analog zum schleppenden Breitbandausbau gibt es derzeit in einem Großteil der an der Umfrage beteiligten Kommunen auch noch kein flächendeckendes öffentliches W-Lan. Bei der Umsetzung von Smart City Infrastrukturen genießen die eigenen Stadtwerke bei den Kommunen mit Abstand das größte Vertrauen. Mehr als 80 Prozent der befragten Städte und Gemeinden geben an, die Stadtwerke mit dieser Aufgabe betrauen zu wollen, während große internationale Dienstleister nur für jede fünfte Kommune für diese Aufgabe in Frage kommen. Dazu Ünlü weiter: „Nur knapp die Hälfte aller an der Umfrage teilnehmenden Kommunen gibt an, über Hochleistungsnetze mit Versorgungsgeschwindigkeiten von mehr als 50 Mbit/s zu verfügen. Diese bilden die Basis für einen flächendeckenden Ausbau des neuen Mobilfunkstandards 5G. Wenn der Ausbau der Infrastruktur nicht in dem Maße vorangetrieben wird, wie es benötigt wird, laufen die Städte und Kommunen Gefahr, digital abgehängt zu werden. Das ist aus unserer Sicht ein Risiko auch für das Wirtschaftswachstum in einer Region.“

eGovernance

Online-Verwaltungsleistungen sind für Bürger und Unternehmen von immer größerer Bedeutung. Fast drei Viertel der Bundesbürger würden gerne mehr Behördengänge online abwickeln (Quelle: Civey). Doch damit tun sich die Städte und Gemeinden derzeit offenbar noch schwer. Knapp 30 Prozent der Befragten geben an, dass die eigene Kommune wenig oder keine Dienstleistungen als Service für Bürgerinnen und Bürger – beispielsweise die Beantragung von Reisepass, Personalausweis oder Anwohnerparkausweis – online anbietet. Besonders Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohnern gehen derzeit nur recht eingeschränkt auf die digitalen Bedürfnisse ein. Schwierig stellt sich die Situation auch mit Blick auf die Angebote für Unternehmen dar. Mehr als die Hälfte der kleineren Kommunen gibt an, wenig oder gar keine gewerblichen Services online anzubieten. Einen Gewerbeschein können Unternehmen beispielsweise erst in gut 15 Prozent der kleineren Kommunen online beantragen. „Für Start-up-Unternehmen und kleine Gewerbe ist die kommunale Verwaltung oft ein Erlebnis der ganz analogen Art“, sagt Alexander Handschuh, Sprecher des Deutschen Städte und Gemeindebundes und Leiter des Innovators Club. „Dies macht es für engagierte Gründer unnötig kompliziert, sich mit einem Unternehmen in einer der

betroffenen Kommunen niederzulassen. Gerade innovative Unternehmen lassen sich dort nieder, wo man ‚digital‘ spricht. Insofern wirkt sich das Fehlen derartiger Angebote auf die Standortqualität aus“, führt Alexander Handschuh weiter aus.

Auch mit Blick auf die Digitalisierung der internen Verwaltungsabläufe bleibt noch viel zu tun. Bevorzugtes Kommunikationsmittel innerhalb der Verwaltungen sind weiterhin Telefon und E-Mail. Weniger als die Hälfte der befragten Kommunen nutzt bereits Cloud-Lösungen für ihre Datenspeicherung. Besonders im Bereich der Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind viele Städte und Gemeinden derzeit noch nicht gut aufgestellt. Drei Viertel aller befragten Kommunen geben an, dass sie digitale Weiterbildungsangebote nur unregelmäßig oder gar nicht anbieten. „Mit Blick auf die hohe Veränderungsgeschwindigkeit durch die Digitalisierung besteht hier dringender Handlungsbedarf, besonders im Bereich entsprechender Fortbildungsangebote“, betont Alexander Handschuh. „Positiv ist hingegen zu bewerten, dass rund 40 Prozent der Städte und Gemeinden spezifische Informationen für ihre Bürgerinnen und Bürger in einer Geodateninfrastruktur aufbereiten. Dies zeigt, dass hier bereits signifikante Fortschritte erzielt werden konnten“, so Handschuh.

Mobilität

Zwar nutzen gerade größere Städte über 50.000 Einwohnern fast immer fest installierte Verkehrsleitsysteme, um Parkplatzsuchende zu vorhandenen Parkplätzen zu leiten. Doch bieten momentan nur knapp 14 Prozent der befragten Kommunen Apps an, die freie Parkplätze im öffentlichen Raum oder Parkhäusern anzeigen. Auch wenn erst ein Bruchteil der Kommunen die Daten zum Verkehrsaufkommen und zur Parkplatzsituation für Navigationsgeräte und Apps verfügbar macht, planen derzeit immerhin rund 26 Prozent, dieses Thema anzugehen. Um das eigene Verkehrssystem zu digitalisieren, könnten die Kommunen entsprechende Fördermöglichkeiten des Bundes nutzen. Allerdings nehmen über 60 Prozent der an der Umfrage beteiligten Kommunen diese Möglichkeiten derzeit nicht in Anspruch. „Ähnlich wie beim Breitbandausbau zeigt sich, dass in vielen Städten und Gemeinden offenbar die Ressourcen fehlen, Fördermöglichkeiten zu nutzen – oder die Hürden sind einfach zu hoch“, sagt Ünlü. „Des Weiteren werden die bereits vorhandenen Verkehrsdaten noch nicht ausreichend genutzt. Damit laufen Kommunen Gefahr, digitale Chancen im Mobilitätsbereich zu verspielen.“ Positiv ist festzustellen, dass das Thema „Sharing“ in den Kommunen angekommen ist. Knapp drei Viertel der befragten Kommunen verfügt über Car-Sharing-Angebote, mehr als 30 Prozent zusätzlich über Bike-Sharing. Auch die Digitalisierung der Verkehrsführung und intelligente

Ampelschaltungen stehen bei den Kommunen auf der Agenda. So plant beispielsweise jede dritte Kommune, bei der Ampelschaltung externe Steuerungsmöglichkeiten für besondere Situationen zu etablieren.

Im Bereich des ÖPNV fehlt nach Angaben der befragten Kommunen immer noch in fast jeder zweiten Stadt oder Gemeinde eine E-Ticketing-Möglichkeit. Ähnlich sieht es bei der Bereitstellung von Fahrplänen in Echtzeit aus.

Energie

Für die von der Stadt bewirtschafteten Gebäude nutzen die Städte und Gemeinden bereits vergleichsweise häufig smarte Technologien. So sind nach Angaben der Befragten bereits mehr als 30 Prozent der Gebäude mit Technologien wie Monitoring- und Steuerungseinheiten ausgestattet, um die Energieeffizienz zu verbessern. Und immerhin 20 Prozent der kommunalen Gebäude sind mit intelligenten Stromzählern ausgestattet, schätzen die Befragten. Außerdem erfassen mehr als die Hälfte der teilnehmenden Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern die Gebäudedaten digital.

Ausbaupotenzial gibt es noch im Bereich der Straßenbeleuchtung. Nicht einmal die Hälfte der Leuchten sind mit LED-Technik ausgestattet, nur rund 15 Prozent der Leuchtpunkte mit zusätzlichen Sensoren oder intelligenten Steuerungsvorrichtungen. „Im Bereich Energie sind die Städte und Gemeinden alles in allem auf einem guten Weg“, so die Einschätzung von Alexander Handschuh. „Ein Grund dürfte sein, dass die Kommunen hier durch den Einsatz digitaler Technologien vergleichsweise schnell Geld einsparen können, etwa durch die Reduzierung der Heizkosten oder der Stromkosten für die Straßenbeleuchtung.“

Smarte Cities stehen noch am Anfang

Städte und Gemeinden haben beim Umbau zu digitalen Städten und Regionen noch einen weiten Weg vor sich. Positiv stimmt, dass viele der Themen in den Kommunen angekommen sind und für die kommenden Jahre entsprechende Umbauvorhaben geplant werden. Problematisch ist allerdings, dass es hier an Kapazitäten und Know-how fehlt, die Vorhaben zügig umzusetzen. Bedenklich ist, dass auch in den vergleichsweise großen Städten noch keine flächendeckende Breitbandinfrastruktur vorhanden ist. „Hier fehlt das Fundament für die digitale Transformation. Die verhältnismäßig geringe Nutzung von Fördermöglichkeiten zeigt, dass ein Abbau der Förderbürokratie und mehr Beratung dringend notwendig sind“, sagt Alexander Handschuh. „Die Mehrheit der teilnehmenden Städte und

Gemeinden ist bereit, Investitionen zu tätigen, die eine direkte Kosteneinsparung erbringen. Großflächig in Zukunftstechnologien zu investieren fällt den Städten und Gemeinden jedoch noch schwer“, ergänzt Ünlü.

„Die Ergebnisse des Smart City Readiness Check machen deutlich, dass Kommunen bei der Digitalisierung mehr Fahrt aufnehmen müssen. Es besteht die Gefahr, dass diese abgehängt werden und somit an Attraktivität sowohl als Arbeitgeber als auch als Wohn- und Arbeitsort verlieren. Insofern glauben wir, dass Städte und Gemeinden hier unbedingt aktiv werden müssen. Zudem fehlt es an geschulten Mitarbeitern, also muss der Ausbau der Aus- und Weiterbildungsprogramme für städtische und kommunale Mitarbeiter dringend vorangetrieben werden. Darüber hinaus muss der Zugang zu den Fördermöglichkeiten vereinfacht werden. Das entspricht auch den Erfahrungen, die wir als Verband in unserer täglichen Arbeit machen. Es ist nicht selten, dass gerade kleinere Kommunen an der Komplexität der Förderanträge zu scheitern drohen“, resümiert Alexander Handschuh.

„Bezüglich der Förderprogramme ist Beratung gefragt. Wir müssen die Kompetenzen und das Know-how dringend mit Beratungsexpertise in die Fläche bringen. Des Weiteren ist es aus unserer Sicht nötig, Lösungen für Digitalisierungsprojekte anzubieten, die man auf mehrere Städte und Kommunen übertragen kann. Keine Stadt hat etwas davon, das Rad jedes Mal neu zu erfinden. Eine ‚One-size-fits-all‘-Lösung würde den Gemeinden dabei helfen, einerseits Fördergelder abzurufen und andererseits neue und innovative Digitalisierungskonzepte umzusetzen“, so das Fazit von Gürkan Ünlü.

Smart City Readiness Check: Studiendesign

Der Smart City Readiness Check wurde vom Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebundes gemeinsam mit TÜV Rheinland erstellt. Zur Teilnahme an der Studie wurden die 500 größten Städte und Gemeinden in Deutschland – überwiegend Mitglieder des Deutschen Städte- und Gemeindebundes – eingeladen. In allen Aspekten an der Befragung teilgenommen haben zwischen Juli und September 2018 insgesamt 81 Kommunen. Die Studie umfasst 45 einzelne Faktoren aus den Kategorien digitale Infrastruktur, eGouvernance, Mobilität und Energie. Die vollständige Studie mit allen Ergebnissen des Smart City Readiness Check wird voraussichtlich ab Mai 2019 verfügbar sein.

Über den Innovators Club des Deutschen Städte- und Gemeindebunds

Der Innovators Club ist die kommunale Ideenschmiede des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Im Innovators Club arbeiten Oberbürgermeister(rinnen), Bürgermeister(innen), Landräte und weitere kommunale Entscheidungsträger interdisziplinär gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik an Zukunftsthemen der Kommunen. Der Innovators Club wird von namhaften Unternehmen, darunter TÜV Rheinland, in seiner Arbeit unterstützt. Weitere Informationen unter www.innovatorsclub.de

Über TÜV Rheinland

TÜV Rheinland ist ein weltweit führender unabhängiger Prüfdienstleister mit 145 Jahren Tradition. Im Konzern arbeiten über 20.000 Menschen rund um den Globus. Sie erwirtschaften einen Jahresumsatz von knapp 2 Milliarden Euro. Die unabhängigen Fachleute stehen für Qualität und Sicherheit von Mensch, Technik und Umwelt in fast allen Wirtschafts- und Lebensbereichen. TÜV Rheinland prüft technische Anlagen, Produkte und Dienstleistungen, begleitet Projekte, Prozesse und Informationssicherheit für Unternehmen. Die Experten trainieren Menschen in zahlreichen Berufen und Branchen. Dazu verfügt TÜV Rheinland über ein globales Netz anerkannter Labore, Prüfstellen und Ausbildungszentren. Seit 2006 ist TÜV Rheinland Mitglied im Global Compact der Vereinten Nationen für mehr Nachhaltigkeit und gegen Korruption. Website: www.tuv.com

Ihre Ansprechpartner für redaktionelle Fragen:

Norman Hübner, Presse TÜV Rheinland, Tel.: +49 2 21 / 8 06 30 60,
norman.huebner@de.tuv.com

Alexander Handschuh, Presse Deutscher Städte- und Gemeindebund,
Tel.: +49 30 / 7 730 72 53, E-Mail-Adresse: alexander.handschuh@dstgb.de

Stand: Januar 2019